

Commer, Heinz

Article — Digitized Version

Zuschrift: Europäische Widersprüche

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Commer, Heinz (1961) : Zuschrift: Europäische Widersprüche, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 4, pp. 170-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133100>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Part des mehr oder weniger weisen, mehr oder weniger respektierten Seniors im Familienrat. Man folgt ihm nicht unkritisch, sondern man prüft und erörtert jeden einzelnen Rat auf seinen Wert, seinen Nutzen — und zwar für jedes einzelne Familienmitglied, nicht für das Elternhaus!

Dieser grundlegende Wandel im Commonwealth ist seit Ende des letzten Krieges spürbar und veranlaßt viele Beobachter, vom Ende oder von der Bedeutungslosigkeit

des Commonwealth zu sprechen, ihm nur noch sentimentale Inhalte zuzuerkennen. Dieses Urteil dürfte zu voreilig gefällt werden. Familienbände vergehen nicht einmal völlig, wenn ihr Nutzen schwindet. Loyalitäten, Hilfswilligkeiten, ja selbst Dankbarkeitsgefühle bleiben noch auf lange Zeit latent. Bisher ist aber der „Nutzen“ der Familienbände keineswegs erschöpft. Am indischen Beispiel läßt sich leicht erkennen, wie sehr sowohl die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe

über den Appell an die Familiengefühle erleichtert und intensiviert wird als auch das enge kulturelle Band nicht zuletzt über den „Nutzen“ der allen gebildeten Indern gemeinsamen englischen Sprache in einem Babel einheimischer Sprachen eine wichtige Realität bleibt. Es bleibt abzuwarten, ob es in den nächsten Jahrzehnten gelingen wird, aus den verbliebenen Gemeinsamkeiten der Familienbände neue Gemeinsamkeiten für die Zukunft zu entwickeln. (W.E.)

Zuschrift: Europäische Widersprüche

Bonn, den 4. 4. 1961

Mit besonderer Freude habe ich den Beitrag von Herrn Dr. Wolfgang Baumann „Zeitgeist, nationales Interesse — und Europa?“ im Märzheft Ihrer Zeitschrift gelesen. Ich glaube, daß es jedem Praktiker der EWG-Arbeit eine erfrischende Lektion ist, eine zusammenfassende Abhandlung über die Beziehungen zwischen der politischen und wirtschaftlichen Integration zu lesen. Ich stimme mit Herrn Dr. Baumann auch in der Schlußfolgerung überein, daß wir vielleicht in der europäischen Integration in den nächsten Monaten keine sehr großen Fortschritte zu erwarten haben. Ich unterstreiche auch die Feststellung, daß die Verantwortlichen sich nicht zu viel auf Prinzipien festlegen sollten. Hierzu möchte ich einige Worte über die in der europäischen Ideologie bemerkbaren Paradoxe sagen.

Schon bei der Grundthese der europäischen Wirtschaftsintegration beginnen die Irrungen und Wirrunge des europäischen „Überbaus“. Fast alle Befürworter der europäischen Einigung glauben fest daran, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zur politischen Integration Europas führt. Ja, man hofft, daß wirtschaftliche Maßnahmen ein europäisches Bewußtsein schaffen werden. Bei dieser Auffassung von der Wirtschaft als der Schrittmacherin des Politischen steckt ein marxistischer Kern. Wir erinnern uns an den Lehrsatz, daß das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt. Diese Auffassung wird heute vor allem von rechtsstehenden Politikern propagiert, die antimarxistisch sind. Diese Politiker — das soll in keiner Weise

ein Werturteil sein — sind die Bannerträger der europäischen Einigung unter der Begründung, daß das Wirtschaftliche das Politische vorausnehmen soll. Aber diese liberalen Politiker begehen eine weitere Inkonsequenz, wenn sie die institutionellen Einrichtungen der europäischen Wirtschaftsintegration befürworten, da nach ihrer „reinen“ Lehre alle behördlichen Instanzen verdächtig sein müssen. So wird auch der Kern der inneren Vorbehalte Erhards, der in diesem Punkt „linientreuer“ ist als seine liberalen Kollegen, verständlich. An sich müßte die politische Linke auch die behördlichen Formeln der wirtschaftlichen Integration in Europa begrüßen. Paradoxerweise ist sie dagegen. Ihr Bedenken gegen die europäischen Organisationen gründet sich auf die gegenwärtige politische Lage: Es sind nur wenige Sozialisten, die im Europa der Sechs entscheidend sind. Die Linke ist ferner gegen diese von ihr eigentlich zu fördernden Behörden, weil sie — übrigens irrtümlich — fürchtet, daß das von ihr in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Erreichte zugunsten eines übernationalen Dirigismus abgebaut werden könnte. Dazu kommt, daß die skandinavischen Länder — um diese handelt es sich hauptsächlich bei den linksgerichteten — vielleicht mit Ausnahme Dänemarks kein echtes Gefühl für Europa haben. Für sie ist, wie für England, Europa ein ferner Kontinent. Vielleicht sind die nordischen Träger der EFTA, um mit Madariaga zu sprechen, die letzten, die das Christentum und damit einen wesentlichen Bestandteil Europas übernahmen, und die ersten, die es wieder aufgaben.

Eine paradoxe Haltung wird auch von all denjenigen europäischen Denkern, Politikern und Wirtschaftlern eingenommen, die heute ihre Hoffnung an den Erfolg des Vertrages von Rom vor allem darauf gründen, daß die Eigengesetzlichkeit der EWG-Dienststellen die nationalen Widerstände beseitigen wird. Erinnern wir uns doch: Mit welcher Heftigkeit haben alle individualistischen Kräfte sogleich nach Beendigung des zweiten Weltkrieges gegen die Bürokratisierung Europas Stellung genommen und darin den „road to serfdom“, den „Weg zur Knechtschaft“ (Hayeck), gesehen. Allerdings muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der von Brüssel versuchten Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes nicht um eine notwendig dirigistische Verfahrensweise handelt, sondern daß die EWG-Behörden bei der Vielzahl der von ihnen vorgeschlagenen Regelungen nur den Vertrag mit der ihm fehlenden Substanz ausfüllen wollen — eine Voraussetzung zu seiner Verwirklichung.

Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich stimmen die alten Gruppierungen und Vorstellungen nicht mehr. Wir leben im Zeitalter der Abkehr von Weltanschauungen und Theorien. Deshalb ist es gleichgültig, von welcher Seite, mit welchen Mitteln und unter welchen Fahnen man Europa zu verwirklichen sucht, wenn es sich nur um Instrumentarien handelt, bei denen unsere staatsbürgerliche Freiheit, ein wertvolles europäisches Erbe, erhalten bleibt.

Dr. Heinz Commer